

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1871

312 (24.12.1871)

Deutschland.

Wie aus dem Herzogthum Anhalt berichtet wird, ist das (durch die Nichtgenehmigung des Verlaufs von Leopoldshall) hervorgerufene Entlassungsgesuch des Ministers v. Larisch nicht genehmigt worden. Als Bedingungen für sein ferneres Verbleiben im Amte hat derselbe die Fiktion der Steuereinheiten auf längere Zeit und eine Abänderung mehrerer Punkte der bestehenden Landesverfassung im „konstitutionellen“ Sinne aufgestellt. Den der ersten Bedingung entsprechenden Gesetzentwurf hat der Landtag bereits genehmigt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 19. Dez. 4. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Berathung des Einführungs-Gesetzes zum Reichs-Strafgesetzbuch. (Fortsetzung.)

Direktor v. Hillern erstattet Bericht über den 3. Abschnitt des Entwurfs.

Zu Art. 20: Die Aufnahme dieses Artikels sei deshalb nichtig gefallen, weil das Einführungs-Gesetz vom 5. Febr. 1851, in dem sich die Bestimmung des nunmehrigen Art. 20 befunden habe, aufgehoben worden sei.

Der Artikel habe zu großen Kämpfen in der Zweiten Kammer Veranlassung gegeben und die Folge sei gewesen, daß derselbe als Leiche in dieses Haus herübergekommen sei. Man habe in der Zweiten Kammer eingewendet, daß es der Landesgesetzgebung nicht zustehe, ein neues Antragsverbrechen zu statuieren. Es handle sich hier aber nicht um ein Antragsverbrechen im Sinne des Gesetzes, es handle sich überhaupt nicht um eine strafrechtliche oder strafprozessuale, sondern um eine politische Bestimmung, die dazu bestimmt sei, die kollidirenden Interessen verschiedener Staatsgewalten in ein richtiges Verhältnis zu setzen.

Könnte aber noch ein Zweifel an der Kompetenz der Landesgesetzgebung bestehen, so müßte er gehoben werden durch die im Entwurf eines Reichsgesetzes über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten enthaltene Bestimmung, daß es bei den landesgesetzlichen Vorschriften über die Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung eines Beamten vorläufig sein Bewenden haben solle.

Was die materielle Seite der Sache betreffe, so sei jedenfalls der Einwand, daß dasselbe der Verfassung widerspreche, kein stichhaltiger, denn das Dienerebitt, in dem die Bestimmung ebenfalls enthalten sei, sei ein integrierender Bestandteil der Verfassung.

Man sage, es sei eine Verletzung der Rechtsgleichheit, wenn man die strafgerichtliche Verfolgung eines Beamten an schwerere Voraussetzungen knüpfe, als die eines Privatmannes.

Die Weisheit des Gesetzgebers bestehe aber nicht darin, daß man das Ungleiche als gleich behandle, sondern darin, daß man den bestehenden Verhältnissen Rechnung trage; er verweise auf das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz, das auch eine Verletzung der Rechtsgleichheit involviere und doch niemals beanstandet worden sei.

Die Kommission sei zum Ergebnis gelangt, daß es durchaus unthunlich sei, diese Bestimmung aufzuheben, ohne etwas Anderes an deren Stelle zu setzen. Diefelbe bestehe schon seit dem Jahre 1794 in unserer Gesetzgebung und sei auch in beinahe allen Gesetzgebungen Deutschlands zu finden. Sie habe noch niemals Anlaß zu Inkonvenienzen gegeben.

Die Kommission sei insbesondere mit der Modifikation des Art. 20 einverstanden gewesen, die demselben in der letzten Sitzung der Zweiten Kammer beigefügt worden sei, und empfehle denselben in dieser Form zur Annahme.

Graf Verlichingen erklärt, einen entgegengesetzten Antrag, nämlich den auf Strich des Art. 20, stellen zu wollen. Die Bestimmung habe einen prinzipiellen Werth für alle diejenigen, die die Rechtsgleichheit im Staate bewahren wollten. Wäre Art. 20 durch ein Reichsgesetz eingeführt worden, so hätte er keine Opposition dagegen erhoben; er halte Kaiser und Reich viel zu hoch, als daß er einem Reichsgesetze ein Veto gegenübergestellt hätte. Aber daß man in diesem Hause eine solche Bestimmung einbringe, das könne er nicht mit Stillschweigen übergehen.

Hätte man den privilegierten Gerichtsstand wieder einführen wollen, so hätte Alles geschrieben über das Junkerthum, die Feudalisten etc., und doch sei er überzeugt, daß neun Zehntel nicht gewußt hätten, um was es sich handle. Beim privilegierten Gerichtsstand habe es sich um die Aristokratie gehandelt, jetzt handle es sich um die Bureaucratie. Er theile die Ansicht, die der Abgeordnete für Freiburg im anderen Hause ausgesprochen habe. Er könne nicht einsehen, warum diejenigen, die als Schöffen, als Geschworene die gleichen Funktionen auszuüben hätten, mit den Beamten nun unter einem anderen Gesetze stehen sollten als diese. Man habe doch nicht nötig, die Beamten mit einem besonderen Schutze zu umgeben. Man habe Ausnahmsgesetze genug, für das Militär, für die Geistlichen, jetzt auch noch für die Beamten; bald werde man auch noch eines für die Grundherren schaffen, freilich in anderer Weise als für die Beamten nach der traditionellen Rücksicht, die man stets für die Grundherren zur Schau getragen habe. Es bleibe nichts mehr übrig, als die Waffe der gewöhnlichen Leute, der einfachen Steuerzahler, und für diese könne das neue Privilegium nur ein Nachtheil sein.

Staatsminister Dr. Jolly: Die Bestimmung des Art. 20 bezwecke nicht, den Beamten ein persönliches Privilegium zu schaffen, wie der Vorredner irriger Weise vorausgesetzt habe, sie enthalte eine Lösung der Frage, auf welche Weise eine Kollision der verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung am besten verhältet werden könne.

Es gebe eine Kategorie von Fällen, die an und für sich unter das R. Str. G. B. fallen und den Charakter eines Verbrechens etc. darstellen könnten. Wenn nun ein Minister einem Beamten die Weisung gebe, eine Handlung vorzunehmen, die unter Umständen eine strafbare wäre; wenn der Beamte gehorche und dann der Beschädigte eine Anklage veranlassen wolle, so sei der Minister durch das Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz geschützt und die ganze Verantwortlichkeit könne an dem ganz unschuldigen Beamten hängen bleiben.

Die Verhütung solcher Kollisionsfälle sei ein Problem, das innerhalb der allgemeinen Staats- und Rechtsordnung gelöst werden müsse. Die große Regierung verkenne die Mängel nicht, an denen die Bestimmung des Art. 20 leide. Man könne Manches gegen denselben einwenden, härter und schlagender, als es der Vorredner gethan habe. Es könne verlezend für das Rechtsgefühl sein, daß ein Beamter durch seine vorgelegte Dienstbehörde der strafgerichtlichen Verfolgung entzogen werden könne, und es sei nicht ausgeschlossen, daß eine Dienstbehörde, die eine zu große Rücksicht auf die Dienstinteressen nehme, von dieser Befugniß eine mißbräuchliche Anwendung mache. Aber man habe sich in der Gesetzgebung eine gewisse Selbstbeschränkung auferlegen müssen. Hätte man Alles ändern wollen, was einer Aenderung bedürftig wäre, so wäre das Einführungs-Gesetz endlos geworden und hätte unseren ganzen Rechtszustand betroffen. Man habe deshalb nur diejenigen Aenderungen vorgenommen, die direkt durch das R. Str. G. B. geboten gewesen seien.

Diese Selbstbeschränkung sei bei Art. 20 um so leichter möglich gewesen, als man in nächster Zeit ein Reichsgesetz über diesen Punkt erwarten dürfe. Es wäre gewiß unpraktisch gewesen, jetzt eine Rechtsnorm einzuführen, die sich noch nicht erprobt habe und die doch in längstens 2 Jahren wieder abgeschafft werden müßte.

Die von der Kommission in dankenswerther Weise vorgeschlagene Vermittlung werde gewiß zum Ziele führen.

Graf Herrmann: Es liege hier ein besonderes Verhältniß vor, das einer besonderen Regelung bedürftig sei; es sei aber von größter Wichtigkeit, hierbei von den allgemeinen Rechtsnormen möglichst wenig abzuweichen. Zu formeller Beziehung scheine ihm die Bestimmung des Art. 20 unbedenklich. Dagegen scheine es ihm bedenklich zu sein, die Entscheidung über die strafgerichtliche Verfolgung eines Beamten nicht von einer Justiz-, sondern von einer Verwaltungsbehörde abhängen zu lassen. Es liege allerdings das Bedürfnis vor, die Beamten vor Verationen und Anklagen da zu schützen, wo sie bona fide oder auf höhere Weisung gehandelt hätten. Die Staatsregierung müsse auch die Beamten in der Weise in der Hand behalten, daß diese sich eines Befehls nicht mit der Entschuldigung entgegenzusetzen könnten, sie würden dadurch in eine Kriminalanklage verwickelt.

Zur Vermeidung solcher Kollisionsfälle scheine es ihm genügend, wenn gewisse Bestimmungen der Strafprozessordnung für diese Fälle umgeändert würden.

1) Wenn der Beamte wegen im Dienste begangener Handlungen nur durch den Staatsanwalt und nicht auf dem Wege der Privatanklage verfolgt werden könnte.

2) Wenn der Beschädigte für den Fall, daß der Staatsanwalt die Einleitung einer Untersuchung ablehnen sollte, eine Beschwerde an das Justizministerium richten könne und dieses, des seinerseits wieder der Kammer verantwortlich sei, die Verweigerung oder Genehmigung zu ertheilen habe. Das Justizministerium sei insbesondere zu dieser Rolle verpflichtet, weil es die vorgelegte Dienstbehörde der Staatsanwaltschaft sei und verantwortlich für eine strikte Justizadministration.

Redner formuliert deshalb seinen Antrag: Den Art. 20 in diesem Sinne abzuändern.

Staatsminister Dr. Jolly bittet, dem Antrage nicht zuzustimmen. Der Vorredner gehe von der Voraussetzung aus, daß durch Art. 20 die Rechtsverfolgung beschränkt werde; nach dem von ihm gestellten Antrage werde dies noch in viel höherem Grade der Fall sein.

Wenn die Privatanklage durch das Gesetz ausgeschlossen sei und wenn der Staatsanwalt nach Lage der Umstände keinen Grund habe, eine öffentliche Anklage zu erheben, so könne der Fall eintreten, daß die strafgerichtliche Verfolgung eines Beamten nicht nur erschwert, sondern ganz ausgeschlossen sei.

Man werde sagen, der Staatsanwalt solle verpflichtet sein, immer eine Anklage zu erheben. Aber damit werfe man die ganze Strafprozessordnung über den Haufen, in der nun einmal der Privatanklage ein sehr weites Spielraum eingeräumt sei.

Materiell käme der Antrag ganz mit dem Kommissionsantrage überein. Im einen wie im anderen Falle könne eben die strafgerichtliche Verfolgung eines Beamten wegen einer im Dienste begangenen Handlung nur eintreten, wenn eine vorgelegte Behörde die Genehmigung nicht verweigere. Es frage sich, wer diese vorgelegte Behörde sein solle. Der Kommissionsantrag sage, das Staatsministerium, der

Antrag des Geh. Rath Herrmann das Justizministerium. Dadurch bekomme aber der Justizminister, der nicht mehr und nicht weniger als die übrigen Minister verpflichtet sei, auf die Wahrung des Rechts zu achten, eine Funktion, die er als isolirter Ressortchef nicht haben könne.

Staatsrath Dr. Weizel: Graf Verlichingen habe den Art. 20 ein Privilegium des Beamtenstandes genannt; das müsse aber ein sonderbares Privilegium sein, das sich ein Stand, der nicht immer ein Schockkind im konstitutionellen Leben gewesen sei, ein halbes Jahrhundert lang bewahrt und das sich bis in unsere Zeit erhalten habe, die doch allen Privilegien feindlich gegenüberstehe. Art. 20 sei aber kein Privilegium, sondern eine staatsrechtliche Nothwendigkeit, sonst würde er selbst sagen: streichen Sie den Art. 20; der Staatsdiener will keine Privilegien, er will nur ungerechtfertigten Angriffen gegenüber geschützt sein.

Wenn man Art. 20 streiche, so sei der untergeordnete Beamte für alle seine Amtshandlungen verantwortlich. Wollte man aber, daß im Staate dienstliche Ordnung herrsche, so dürfe der untere Beamte nicht wegen jeden Auftrags seiner Vorgesetzten mit einer Anklage bedroht sein.

Schon das Staatsdiener-Ebitt habe diese Bestimmung gehabt. Dasselbe bilde einen integrierenden Bestandteil der Verfassung und könne nur auf demselben Wege wie die Verfassung selbst außer Kraft gesetzt werden. Die Regierung hätte, um die in Art. 20 enthaltene Bestimmung in Kraft zu lassen, eigentlich keinen Grund gehabt, dieselbe wieder auf den parlamentarischen Kampfplatz zu führen. Es seien lediglich architektonische Gründe gewesen, um den § 9 des Einführungs-Gesetzes vom 5. Februar 1851 nicht als solus superstes stehen zu lassen. Art. 20 könne nicht gestrichen, aber auch nur sehr schwer abgeändert werden. Das letztere beweise der Vorschlag, den Geh. Rath Herrmann heute gemacht habe. Man habe übrigens jetzt keine Zeit und auch keine Veranlassung, eine solche Abänderung vorzunehmen, da sich doch die Reichsgesetzgebung voransichtlich binnen kurzem dieses Gegenstandes bemächtigen werde.

Ministerialpräsident v. Freydrick: Die Frage, ob die strafgerichtliche Verfolgung eines Beamten wegen einer im Dienste begangenen Handlung von der Genehmigung der vorgelegten Dienstbehörde abhängig gemacht werden solle, sei eine staatsrechtliche und keine strafrechtliche. Die Entscheidung derselben unterliege deshalb auch der partikulären Gesetzgebung, und es bestände auch in Preußen die bisherige Gesetzgebung über diesen Punkt fort. Als ein schlagendes Argument aber betrachte er den Entwurf eines Reichsgesetzes über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, in dem ausdrücklich die fernere Gültigkeit der Landesgesetzgebung in diesem Punkte anerkannt sei.

Die in Art. 20 enthaltene Bestimmung bestie schon seit mehr als 70 Jahren in unserer Gesetzgebung und habe schon zweimal beide Kammern passiert. Sie sei aber auch im höchsten Grade zweckmäßig und gerecht. Jeder Privatmann habe die Wahl, mit welchem Theile des Publikums er verkehren wolle, der Beamte aber werde dem Publikum von Amtswegen gegenübergestellt, und oft nicht dem gewähltesten Theile desselben. Es sei deshalb nicht mehr als billig, daß der Staat den Beamten in seiner schwierigen Stellung schütze. Wenn man Art. 20 streiche, so würden sich gewiß Mißstände in der Praxis zeigen. Er frage aber, ob die Bestimmung des Art. 20 seit ihrem 70jährigen Bestande schon jemals einen Mißbrauch erfahren oder Inkonvenienzen hervorgerufen habe. Jetzt, wo die Minister für die Ausübung des in Art. 20 enthaltenen Rechtes die Verantwortlichkeit übernehmen müßten, sei gar kein Grund mehr vorhanden, einen Mißbrauch zu befürchten.

Es sprechen noch Professor Degenkolb und Hofrath Zeller für den Kommissionsantrag, Graf Verlichingen für den von ihm gestellten Antrag.

Derjenige wurde mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt, der Kommissionsantrag dagegen angenommen.

Der Antrag des Geh. Rath Herrmann ist nicht unterstützt und kann nicht zur Abstimmung kommen.

Art. 21 wird unverändert angenommen.

Zu Art. 22 wird vorgeschlagen, Ziffer 2 und 3 zu streichen, da es der Bedeutung der dort erwähnten Vergehen (Beinträchtigung des geistigen Urheberrechtes und Zuwiderhandlung gegen Erfindungspatente) nicht antworte, dieselben der Privatanklage zu überlassen, und dies jedenfalls auch nicht in den Intentionen des Reichsgesetzes gelegen sei.

Ministerialpräsident v. Freydrick: Man habe die Beinträchtigung des geistigen Urheberrechtes und die Zuwiderhandlung gegen Erfindungspatente im Entwurf der Privatanklage zugewiesen, weil man mit Rücksicht auf die zu erwartende Reichs-Strafprozessordnung im status quo nichts habe ändern wollen, und weil ein Schriftsteller etc. auch viel besser in der Lage sei, zu erkennen, ob er in seinem geistigen Eigenthum verletz sei, als der Staatsanwalt.

Doch wolle er sich dem Antrage nicht widersetzen, da es im höchsten Grade wahrscheinlich sei, daß die fraglichen Vergehen in der Reichs-Strafprozessordnung zu den auf Antrag zu verfolgenden Vergehen gerechnet würden. Der Antrag von Hillern wurde angenommen.

Art. 23 und 24 werden unverändert angenommen.

Zu Art. 25 schlägt die Kommission vor, nach § 292 § 293 einzuschalten.

Ministerialrath Dr. Bingner: § 293 handle von den schwereren Jagdvergehen, bei denen eine Strafe bis zu 200 Thalern oder 6 Monate Gefängniß erhöht werden könne und die Kommission schlage vor, dieses Vergehen der Erlebigung im Polizei-Strafverfahren zu zuweisen. Der Unterschied des gerichtlichen vom Polizei-Strafverfahren bestehe darin, daß bei letzterem die Polizeibehörde die Voruntersuchung führe und an Stelle der Staatsanwaltschaft die Anklage erhebe. Dies sei unter Umständen sehr praktisch; wenn man aber, wie bei allen schwereren Vergehen, doch nicht voraussetzen dürfe, daß der Angeklagte sich der Anklage unterwerfe, so sei es zu empfehlen, das gerichtliche Verfahren eintreten zu lassen. Wolle man § 293 beifügen, so müsse man konsequenter Weise auch § 296 einschalten, und dies sei eben so wenig wünschenswert. Allerdings seien die leichteren und schwereren Fälle bei Beginn einer Untersuchung nicht leicht zu unterscheiden; allein er halte diesen Nachtheil für kleiner, als wenn man das Polizei-Strafverfahren auf alle Fälle anwenden wolle. Er empfehle den Entwurf in unveränderter Fassung anzunehmen.

Direktor v. Hillern stellt einen Antrag auf unveränderte Annahme. Derselbe wurde angenommen; ebenso die übrigen Ziffern des Art. 25.

Zu Art. 26 drückt der Berichterstatter den Wunsch aus,

daß das Forst-Strafverfahren durch Anwendung bedingter Strafbefehle vereinfacht werde.

Art. 26 und 27 werden unverändert angenommen.

Professor Degentolb erstattet Bericht über Abschnitt IV. Art. 28-34. Mit Ausnahme einer kleinen Redaktionsänderung bei Art. 30 werden sämtliche Artikel unbedingter angenommen. Ebenso bei der Hauptabstimmung das ganze Gesetz.

Vermischte Nachrichten.

A Mühlhausen, 22. Dez. Die Verluste, welche die letzte, auch von Ihnen gemeldete Feuerbrunst — in der Spinnerei von Gut — verursacht hat, werden auf 500,000 Fr. geschätzt. Am Abend des Brandes, der fast sämmtliches Polizeipersonal nach der Unglücksstätte gerufen hatte, wurden einem Ahrenmacher, dessen Geschäftsort sich unter den Arkaden im neuen Quartier befindet, durch Einbrüchen der Fensterische mehrere goldene Uhren gestohlen, ohne daß der Dieb, welcher sofort verfolgt wurde, erlangt worden wäre. — Wenige Tage oder vielmehr Nächte vorher wurde in dem Geschäft der H. Roos u. Wühl auf der Simeistraße ein Einbruch verübt, der eiserne Gelschrank erbrochen und etwa 1700 Fr. entwendet. Man bringt diese frechen Diebstähle mit dem jüngst aus dem hiesigen Gefängniß entkommenen verächtlichen Diebsgesellen Victor Meyer in Verbindung, der gleich den beiden mit ihm Entsprungenen bis dato noch nicht wieder festgenommen werden konnte.

Witterungsbeobachtungen
der meteorologischen Station Karlsruhe.

21. Dez.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Stimm.	Witterung.
Abg. 7 Uhr	27° 9,6"	+ 3,5	0,76	SW.	f. bew.	trüb, Nöht. Sturm
Abg. 2 "	27° 10,0"	+ 4,0	0,68	"	"	"
Abg. 9 "	27° 9,6"	+ 1,6	0,84	"	"	"

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Literarisches. Die Geschichte des deutsch-französischen Krieges von Dr. H. Fehner — von der Kritik durchweg rühmlich anerkannt — in nimmehr erschienen. Das stattliche Werk — 40 Bogen Text mit zahlreichen Illustrationen und 19 Vollbildertafeln, sowie einer Anzahl von Karten — eignet sich zu Festgeschenken ganz besonders. Die Verlagsbuchhandlung ist in ihrem Schreiben, ein gutes Werk von dauerndem Werthe zu liefern, alleseitig von den tüchtigsten Kräften unterstützt worden. Der Text klar und warm geschrieben — vor Allem aber zuverlässig. Die Illustration rühmt von den tüchtigsten Kräften Deutschlands her, die Portraits sind trefflich gezeichnet und trefflich geschnitten. Karten in Kupferstich und Farbendruck, von dem verdienten Kartographen H. v. Bomdorf gezeichnet, erläutern die Geschehnisse und Kampfaufstellungen. Die Ausstattung in Druck und Papier ist eine der Sache würdige.

Deutsche Gemeinde-Zeitung

Wochenschrift für deutsches Gemeinde- und Staatsverwaltungswesen.

Dieselbe erscheint als vollkommen unabhängiges Organ bereits seit 10 Jahren und bringt, außer staatsrechtlichen und verwaltungswissenschaftlichen Abhandlungen jeder Art, die reichhaltigsten Mittheilungen aus der Gemeinde- und Staatsverwaltungswesen. **Praxis**, die Hauptergebnisse der Volkszählung, eine Uebersicht der gesammten staatswissenschaftlichen Literatur, wie in besonderen Beilagen 1) eine Uebersicht der Gemeinde- und Kreis- oder Bezirks-Verfassungen des In- und Auslandes, 2) eine Sammlung der Orts-Verordnungen aller Städte und 3) eine fortlaufende Verwaltungsstatistik derselben. Namentlich für Gemeindebehörden und Gemeinde-Kollegien, wie deren Mitglieder, ist sie ein unentbehrliches Hülfsmittel und direkt durch die Expedition in Berlin, wie durch alle Postanstalten und Buchhandlungen zu beziehen. — Bereit mit derselben erscheint und ist außerdem als selbstständiges Anknüpfungswesen für nur 7/8 Groschen halbjährlich durch alle Postanstalten zu beziehen bei:

Deutsche Gemeinde-Anzeiger.

Derselbe enthält namentlich die Stellenanzeigen der deutschen Verwaltungs- und Gemeindebehörden und ist das wichtigste Organ für Ankündigungen jeder Art, welche in den Kreisen der Regierungs-, Verwaltungs-, Polizei- und Gemeindebehörden aller Länder deutscher Sprache dauernde und zuverlässige Verbreitung finden sollen. Anzeigen in demselben sollen die dreispaltige Zeile nur 2 Gr. und werden durch die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in Berlin sowie durch deren Filialen in Breslau, Frankfurt a. M., Nürnberg, Prag, Straßburg, Halle, Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart, Wien, Zürich angenommen.

Flachs-, Hans- & Abwergspinnerei
Weingarten, Station Ravensburg, Breslau 1869.

Diese durch ihre vorzüglichen Gespinne in weiten Kreisen bekannte Spinnerei empfiehlt sich auch neuer zum

Ver-spinnen im Lohn
gegen Berechnung von 4 Kr. für den Schneller, von

Abwerg, Flachs und Hans in gehecktem und ungehecktem Zustand und sind zur Besorgung bereit.

Die Bezirks-Agenten:
Michael Haiz in Durmersheim.
Chr. Vollmer in Knielingen.
J. A. Walzenbach in Krautheim.

Auch wird auf Verlangen das Gespinnst gewoben, die Abwendung des Gewebes erfolgt stets innerhalb 4 Wochen nach Empfang des Garnes. D. 643. 8.

Kais. deutsche Reichs-Post-Uniformen
werden nach neuester Verordnung binnen kürzester Zeit, aus den solidesten Stoffen zu allerbilligsten Preisen nach Maß angefertigt bei

Lang & Fingado in Vahr i. Br.

Die Eisenhandlung
von **Aberle & Friedmann in Mannheim**

liefert die neuen metrischen Gewichte sowohl in Eisen, als auch in Messing, die Flüssigkeits-, Hohl- und Ellenmaße, Alles ganz fertig montirt und gestempelt, und stehen Preislisten gerne zu Diensten.

Im Lohne
liefert die, mit ganz neuen, unschadhaften Maschinen eingerichtetete

Flachs-, Hans- & Abwerg-Spinnerei, Leinweberei & Zwirnerei
Schretzheim bei Ulm

(Station: Offingen Post: Dillingen a. D.)

aufs Beste, Billigste und Schnellste der ganzen natürlichen Faserlänge nach gewonnene

Garne, Gewebe & Fadenzwirne

und werden wir im Laufe dieser Woche wieder Abwendungen an obige berühmte verbesserte Spinnerei machen, bitten daher um baldmöglichste Uebergabe.

Die Agenten:
Carl Lachat in Rastatt. Franz Zimmermann in Philippsburg.
C. L. Dürr in Hochstetten. W. Aug. Schmidt in Nusheim.

Medizinische Anzeige.
Ein thätiger und erfahrener Arzt, während des

Krieges Vorstand eines Lazarethes, sucht eine Stelle, wo möglich mit fixem Gehalt, in einem landwirthschaftlichen Badene.

D. 952. 3.

Norddeutscher Lloyd.
Postdampfschiffahrt
von **Bremen nach Newyork und Baltimore**
eventuell **Southampton** anlaufend

D. Bremen	23. Dezbr. nach Newyork	D. Newyork	27. Januar nach Newyork
D. Donau	30. Dezbr. " Newyork	D. America	3. Februar " Newyork
D. Hermann	6. Jan. 1872 " Newyork	D. Berlin	7. Febr. " Baltimore
D. Leipzig	10. Januar " Baltimore	D. Bremen	10. Febr. " Newyork
D. Rhein	13. Januar " Newyork	D. Hermann	17. Febr. " Newyork
D. Hansa	20. Januar " Newyork	D. Donau	24. Febr. " Newyork

Passage-Preise nach New-York: Erste Kajüte 165 Thaler, zweite Kajüte 100 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Breus. Courant.

Passage-Preise nach Baltimore: Kajüte 135 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Pr. Gr.

von **Bremen nach Neworleans via Havre**
D. Köln 27. Januar 1872; D. Hannover 24. Februar; D. Frankfurt 23. März;
D. Köln 20. April; D. Hannover 11. Mai.

Passage-Preise: Kajüte 180 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Pr. Gr.

Grat: Nach Neworleans 2 Bhd. St. 10 s, nach Havana 3 Bhd. St., beides mit 15 % Prämie per 40 Kubikfuß Bremer Waare. Ordinaire Güter nach Uebereinkunft.

von **Bremen nach Westindien via Southampton**
Nach **St. Thomas, Colon, Savanilla, La Guayra und Porto Cabello** mit Anschließern
via Panama nach allen Häfen der Westküste Amerikas, sowie nach **China und Japan.**
D. Kronprinz Friedrich Wilhelm Sonntag 7. Januar 1872; D. König Wilhelm I. Mittwoch 7. Februar.

und ferner am 7. jeden Monats.

Nähere Auskunft ertheilen sämmtliche Passagier-Expeditoren in Bremen und deren inländische Agenten, sowie
Die Direktion des Norddeutschen Lloyd.

Norddeutscher Lloyd.
Uebersichtsverträge für diese Postdampfschiffe schließen ab: J. M. Bielefeld, Generalagent in Mannheim, J. M. Bielefeld, Generalagent in Freiburg i. B., Eisenbahnstraße Nr. 26; A. Bielefeld in Karlsruhe, R. Hirsch in Weingarten, A. Streit in Ettlingen, W. Jöler in Achern, Jakob Buttenwiejer in Ddenheim, Jos. Gaum in Bretten, Fleischer und Ulmann in Eppingen, Aug. Süß in Graben, Eduard Wolf in Bühl.

Fahrtkarten für die Benützung der 1^{ten} und 2^{ten} Kajüte und des Zwischendecks der Dampfer des Norddeutschen Lloyd werden sowohl durch meine Agenten wie durch mich zu den von der Direktion gestellten Preisen ausgeben.

Mannheim 1871.
Conrad Gerold,
concessionirter General-Agent.

Eau de Lys de Lohse

Das feinste und unentbehrliche Parfüm ist untrüglich das allbekannte

Eau de Lys de Lohse
indem sofort nach Anwendung desselben ein jugendlich frischer Reiz hervorgerufen wird. Auch glättet es die im Gesichte entstandenen Runzeln und entfernt in kürzester Zeit Sommerprossen, Sonnenbrand, Leberflecken, Wintermale, Witterflecken, rothe Nasen, Finnen u. s. w., wirkt kühlend, erfrischend und macht die Haut sofort blendend weiß, zart und geschmeidig.

Lohse's Gesundheits-, Schönheits- Lillienmilch-
seife ist die zarteste, mildeste aller Seifen, welche in Wahrheit spröde Haut sanft, weich, weiß und geschmeidig macht, alle Hautfehler entfernt u. wegen ihrer Reinheit, Feinheit und ihres Wohlgeruches alle anderen Seifen der Welt übertrifft.

Preis 2 R. das Sacon Eau de Lys. 36 fr. das St. Seife.

Depôt in Karlsruhe bei Th. Brugler.
General-Depôt bei G. L. Reuling's Nachfolger in Frankfurt a. M.

Stadt (Marktplatz) ist aus freier Hand sofort oder auf kommenden Frühjahr zu vermieten.

Das Lokal würde sich vermöge seiner guten Lage für jedes Geschäft eignen und wurden in demselben lange Zeit Speereit- und Ellenwaaren mit bestem Erfolg geführt.

Gewünschte Auskunft ertheilt
Wilhelm Bender,
Gernsbach.

Weihnachtsgeschenk für Epileptische.

Das Besal würde sich vermöge seiner guten Lage für jedes Geschäft eignen und wurden in demselben lange Zeit Speereit- und Ellenwaaren mit bestem Erfolg geführt.

Gewünschte Auskunft ertheilt
Wilhelm Bender,
Gernsbach.

Pharmaceutische Geschäfts-Office
für Elsaß und Deutsch-Lothringen
von
O. Desaga
in Straßburg, Steinstraße 27.

Es sind mehrere sehr gangbare Apotheken im Elsaß und Deutsch-Lothringen zu verkaufen. Die hierauf reflectirenden Herrn Kollegen erfahren durch mein Geschäfts-Bureau genaueste Referenzen.

O. Desaga, Apotheker.

Sommer, Zahnarzt,
Straßburg, Ecke des Güttenberg-Platzes, erste Etage, Eingang Krämmergasse Nr. 1.

Künstliche Zähne und Gebisse in Kautschuk oder Metall. Ausfüllen hohler Zähne mittelst eines Zahn-Cementes, den natürlichen Zähnen täuschend ähnlich. Hilfe gegen Zahnschmerz, ohne Ausziehen. §. 206. 2.

Laden zu vermieten.
Ein geräumiger hübscher Laden mit Comptoir und 3-4 Zimmer Wohnung in lebhaftester Lage bei

Bürgerliche Rechtspflege.

Öffentliche Aufforderungen.

§. 803. Nr. 6048. Schönau. Mathias Strohmeyer von Prag besitzt auf der Gemarkung Prag 8 Ruthen Matten außer dem Hagenmütle neben der Straße und der Bach. Wegen mangelnden Eintrags zum Grundbuche werden auf Antrag des Mathias Strohmeyer alle diejenigen aufgefordert, welche an genannter Liegenschaft in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragene dingliche Rechte, lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche zu haben glauben, solche binnen 2 Monaten dahier geltend zu machen, widrigenfalls sie dem Besizer gegenüber für erloschen erklärt würden. Schönau, den 13. Dezember 1871. Großh. bad. Amtsgericht. Weisser.

§. 802. Nr. 6050. Schönau. Dominik Rümmele Wittve, Maria, geb. Bülgele von Prag, besitzt auf der Gemarkung Prag 40 Ruthen Matten außer dem Hagenmütle, neben der Straße und dem Bach. Wegen mangelnden Eintrags zum Grundbuche werden auf Antrag der Dominik Rümmele Wittve

alle diejenigen aufgefordert, welche an genannter Liegenschaft in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragene dingliche Rechte, lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche zu haben glauben, solche binnen 2 Monaten dahier geltend zu machen, widrigenfalls sie der jetzigen Besizer gegenüber für erloschen erklärt würden. Schönau, den 13. Dezember 1871. Großh. bad. Amtsgericht. Weisser.

§. 805. Nr. 6049. Schönau. Johann Seeger, Landwirth in Prag, besitzt auf der Gemarkung Prag 80 Ruthen Matten im mittleren Lautenbrunn, neben Straße und Bach, 64 Ruthen Matten auf den Aekern, neben Rinfuthoma und Johann Laiz jg., welche ihm auf Ableben seiner Eltern, der Josef Seeger Eheleute von Prag, zuzielen. Wegen mangelnden Eintrags zum Grundbuche werden auf Antrag des Johann Seeger alle diejenigen aufgefordert, welche in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragene dingliche Rechte, lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche zu haben glauben, solche binnen 2 Monaten dahier geltend zu machen, widrigenfalls dieselben dem jetzigen Besizer gegenüber für erloschen erklärt

würden. Schönau, den 13. Dezember 1871. Großh. bad. Amtsgericht. Weisser.

§. 804. Nr. 6176. Schönau. Hugo Kaiser hier gegen unbekannte Berechtigte, Eigenthum betreffend. Nachdem auf die öffentliche Aufforderung vom 10. Mai v. J. an die darin beschriebenen Grundstücke keinerlei der dort genannten Ansprüche geltend gemacht wurden, werden solche dem Kläger gegenüber für erloschen erklärt. Schönau, den 19. Dezember 1871. Großh. bad. Amtsgericht. Weisser.

§. 807. Nr. 13450. Freisach. Nachdem auf unsere Aufforderung vom 4. Oktober d. J., Nr. 10,748, Rechte der bezeichneten Art an die dort genannte Liegenschaft nicht geltend gemacht worden sind, werden solche gegenüber dem Sebastian Buch, Wäcker von hier, als erloschen erklärt. Freisach, den 6. Dezember 1871. Großh. bad. Amtsgericht. v. Weiler.

§. 820. Nr. 20,809. Bruchsal. Georg Stadtmüller hier gegen Unbekannte, Eigenthumsrecht. Da in Folge der diesseitigen Aufforderung vom 15. September, Nr. 15,204, weder dingliche Rechte, noch lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche an den dort bezeichneten Grundstücken geltend gemacht wurden, so werden solche dem neuen Erwerber gegenüber für erloschen erklärt. Bruchsal, den 19. Dezember 1871. Großh. bad. Amtsgericht. Schäp.

Berücksichtigungs-Berfahren.
§. 778. Nr. 15,972. Schwetzingen. Die Wittve des Zimmermanns Rudolph Rohm von Diersheim, Dorthea, geb. Geisler, wird nunmehr unter Bezug auf die Aufforderung vom 10. September v. J. für verfallen erklärt und wird demgemäß verfügt, daß ihr zurückgelassenes Vermögen ihren bekannten nächsten Erben gegen Sicherheitsleistung in fürsorglichen Besitz zu überweisen sei. Schwetzingen, den 18. Dezember 1871. Großh. bad. Amtsgericht. Saur.

Gemeinde Langenau.

Öffentliche Mahnung

zur Erneuerung von Grund- und Unterpfands-Einträgen.

§. 717. Langenau. Auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860 (Reg.-Blatt Nr. 30) werden die in nachstehendem Verzeichnisse genannten Gläubiger oder deren Rechtsnachfolger aufgefordert, die bezeichneten Einträge von Vorzugs- und Unterpfandrechten, wenn solche noch Gültigkeit haben, binnen sechs Monaten erneuern zu lassen, widrigenfalls die Einträge nach Art. 4 des erwähnten Gesetzes gestrichen würden. Der Rechtsgrund der in nachstehendem Verzeichnisse angegebenen Forderungen, welche in das Unterpfandsbuch eingetragen sind, besteht in bedungenen Unterpfandrechten, und der Rechtsgrund der in das Grundbuch eingetragenen Forderungen in dem gesetzlichen Vorzugsrecht des Veräußerers, sofern nicht bei einzelnen Einträgen etwas Anderes bemerkt ist. Langenau, den 1. Dezember 1871.

Das Pfandgericht:
Bäcker, Bärnermeister.

Der Vereinigungs-Kommissär:
Dbergfell.

Des Eintrags		Namen, Stand und Wohnort des Schuldners und seiner Rechtsnachfolger.	Namen, Stand und Wohnort des Gläubigers und seiner Rechtsnachfolger.	Betrag der Forderung.	Des Eintrags		Namen, Stand und Wohnort des Schuldners und seiner Rechtsnachfolger.	Namen, Stand und Wohnort des Gläubigers und seiner Rechtsnachfolger.	Betrag der Forderung.
Datum.	Seite.				Datum.	Seite.			
Einträge im Pfandbuch Band II.									
26. Febr. 1833	61b	1) Michael Sutter in Langenau	Johannes Blum, Dreher in Langenau. Vorzugrecht	90	3. Jan. 1838	200	1) Maier Maier in Mühlheim	die Vollstreckungsmasse des Johann Schütz von hier. Vorzugrecht	127
		2) Martin Bürger hier	Derselbe	52			2) Derselbe	Dieselbe	218
		3) Johann Jakob Bred hier	do.	70			3) do.	do.	181
		4) Anna Maria Hauser hier	do.	70			4) do.	do.	267
		5) Johannes Vogt hier	do.	78			5) do.	do.	226
		6) Derselbe	do.	46			6) do.	do.	466
		7) do.	do.	192			7) do.	do.	240
		8) do.	do.	404			8) Johann Georg Wäcker hier	do.	175
20. April	65	Jacob Ackermann, Schmied in Langenau	Protector Eddig in Hirschach	250		202b	9) Johann Georg Wagner hier	do.	156
27. März	66b	1) Johann Sutter in Langenau	Andreas Sutter in Schoppsheim. Vorzugrecht.	100			1) Maier Maier in Mühlheim	do. Vorzugrecht	92
		2) Jakob Adels in Schoppsheim	Derselbe	405			2) Derselbe	do.	98
		3) Georg Hermann in Gündenhäusen	do.	117	25. Aug. 1838	2	Fritz Gudemann von hier	Friedrich Klemm von hier. Gesetzliches Pfandrecht	150
		4) Bürgermeister Brenblin hier	do.	152	10. Okt.	2b	Maier Maier in Mühlheim	Johannes Schütz Gantmasse von hier. Vorzugrecht	380
8. Okt.	69b	Andreas Fischer in Langenau	Anna Magdalena Fischer, Martin Roser's Frau, in Raibach. Gleichstellungsgeld	900	18. Febr. 1839	3b	Konrad Schütz von hier	Derselbe. Vorzugrecht	23 40
8. Jan. 1834	75b	Friedrich Schwalb, ledig, in Langenau	Magdalena Schwalb in Langenau. Gleichstellungsgeld	350 48	11. März	15b	Johann Jakob Vollschweiler hier	Anna Maria Grether in Schoppsheim	68 40
14. Febr.	78b	Maria Barbara Müller in Wiesleth	Fritz Müller in Wiesleth. Vorzugrecht	40	5. April	16	Johannes Vogt in Gündenhäusen	Johann Georg Vollschweiler hier	82 30
22. Febr.	79b	Johann Georg Brenblin in Langenau	Schullehrer Musler's von Langenau. Vollstreckungsmasse. Vorzugrecht	28 30	11. Mai	18b	Josef Häber von Gündenhäusen	die Erbmasse der Jakob Reif Wittve in Wiesleth. Vorzugrecht	130
7. März	81b	1) Johann Jakob Röhler in Langenau	Johann Georg Hermann in Gündenhäusen. Vorzugrecht	55	13. Mai	19b	Jacob Reiser Eheleute hier	die Vormundschaft des Andreas Geiger in Geresbach	617
		2) Jakob Wähler in Gündenhäusen	Derselbe	424	3. Aug.	20b	Friedrich Fischer, Geometer hier	die Vollstreckungsmasse der Michael Sutter Eheleute hier. Vorzugrecht	1741 45
29. März	82b	Johann Jakob Treffer in Wiesleth	Johann Ulrich Trottmann und Sohn Johann Trottmann in Langenau. Vorzugrecht	2000	2. Okt.	29	Derselbe	die Vollstreckungsmasse der Anna Maria Sattler hier. Vorzugrecht	54 12
18. April	89b	Johann Jakob Kiefer in Entenstein	Johann Georg Dreher in Entenstein. Vorzugrecht	50	27. April 1840	50b	Anwalt Gräfle in Gündenhäusen	die Pflegschaft des August Reimhardt in Schoppsheim. Erbgleichstellungsgeld und Darlehen	4000
1. Mai	90b	Johann Georg Brenblin in Langenau	Jacob Reiser's von hier Vollstreckungsmasse. Vorzugrecht	300	2. Mai	51b	Andreas Heblin, Hammer-Schmied in Hausen	1) Georg Friedrich Heblin in Entenstein. Pfündbestellung 2) Jakob Heblin von Entenstein. Gleichstellungsgeld 3) Fritz Heblin von Entenstein. Gleichstellungsgeld	50
6. Okt.	93	1) Lorenz Dörflinger hier	Johanna Vogt's von hier Vollstreckungsmasse. Vorzugrecht	103	24. Juni	60b	Johann Jakob Vogt Eheleute hier	Katharina Arnold von Schoppsheim	500
		2) Johann Georg Brenblin hier	Dieselbe	40	Einträge im Grundbuch Band III.				
		3) Jakob Ackermann hier	do.	62	18. Febr. 1833	145	1) Johann Vogt in Gündenhäusen	die Vollstreckungsmasse des Christian Vermeitinger in Gündenhäusen	70
		4) Georg Wagner hier	do.	30			2) Johann Jakob Heblin von hier	Dieselbe	86
		5) Johann Jakob Müller in Schoppsheim	Magdalena Vogt in Langenau. Richterliches Pfandrecht	30	29. Mai	149b	Johann Georg Wagner von hier	Schlösser Strub von Schoppsheim	95
6. Nov.	104b	Johann Vogt in Langenau	die Erben des Andreas Sutter, Käfer in Schoppsheim. Vorzugrecht	380	22. Jan. 1834	162	Johannes Reiser hier	Vollstreckungsmasse von ?	78
29. Nov.	102b	1) Johann Schütz, Landwirth in Langenau	Dieselben	250	20. Jan.	163	Johannes Strub hier	Johann Georg Brenblin hier	150
		2) Johann Jakob Röhler, Landwirth in Langenau	do.	181	1. März	168	Friedrich Kubny von Gichen	Johann Georg Hermann in Gündenhäusen	603
18. Febr. 1835	104	Johann Jakob Treffer hier	Johann Georg Grether in Fahrnan. Vorzugrecht	181	7. März	170b	Johann Jakob Fischer hier	Derselbe	430
	105	1) Johannes Schütz hier	die Erben des Johannes Reiser von hier. Vorzugrecht	34	8. März	171	Derselbe	Jacob Wähler in Gündenhäusen	106
		2) Georg Friedrich Wals alt hier	Dieselben	183	16. Sept.	176b	Anna Magdalena Kiefer hier	Derselbe	140
		3) Derselbe	do.	187	15. Mai 1835	196	Vorzug Grether von Gresgen	Lorenz Grether von Gresgen. Ehesteuer	1000
		4) Martin Bürger hier und Magdalena Kiefer hier	do.	381	17. Juni	198	Johann Jakob Treffer von hier	Johann Jakob Bred hier. Kaufaufgeld	53
		5) Johannes Schütz hier	do.	56	24. Dez.	204b	Martin Bürger hier	Andreas Blüsch von Schoppsheim	1
		6) Johann Georg Brenblin hier	do.	54	Einträge im Grundbuch Band IV.				
		7) Derselbe	do.	50	28. Mai 1836	25	Johann Strub hier	die Vollstreckungsmasse des Jakob Reiser von hier	410
18. Mai	108	1) Johann Georg Brenblin hier	die Erben des Johann Reiser hier	400	4. März 1837	47	Johann Jakob Gichin in Wiesleth	Johann Strub von Wiesleth	200
		2) Magdalena, geborne Reiser, hier	do.	400	26. Juni	66b	Johann Georg Vogt hier	Jacob Wähler in Gündenhäusen	200
		3) Johann Jakob Brenblin hier	do.	706	21. Okt.	103b	Johann Friedrich Bred hier	Waisenrichter Johann Jakob Brenblin hier	900
9. Juni	110b	Johannes Vogt hier	Salomon Käfer in Hirschach. Richterliches Pfandrecht	17 33	25. Nov.	104	Johann Jakob Schwalb hier	Fritz Link in Wiesleth	50
29. Aug.	119	Fritz Vogt in Entenstein	die Erben der Hirschwirth Johann Georg Häber Ehefrau in Langenau. Vorzugrecht	501	9. Dez.	107b	Johann Georg Klemm in Wiesleth	Johann Georg Strub in Wiesleth	60
16. Dez.	122	Johann Schütz hier	Maier Weill in Sulzburg. Richterliches Pfandrecht	162	15. Jan. 1838	115	Johannes Hauser, Wagner hier	Johann Jakob Habel Eheleute hier	300
6. Nov. 1836	157	Lehrer Musler's Ehefrau in Gresgen	Anna Maria Grether in Schoppsheim Richterliches Pfandrecht	30 36	10. Okt.	147	Johann Jakob Maurer hier	Konrad Schütz Eheleute hier. Kaufaufgeld	215
21. Febr. 1837	160	Mathias Kiefer in Wiesleth	Fritz Treffer's Erben in Wiesleth. Vorzugrecht	20	12. Juni 1839	172b	Johann Jakob Kiefer in Entenstein	1) Johann Jakob Gichin in Wiesleth 2) Fritz Brenblin Wittve in Wiesleth 3) Friedolin Scheith in Gichholz	100
	161	Andreas Müller in Wiesleth	die Erben der Johann Jakob Hug Eheleute in Wiesleth. Vorzugrecht	150	15. Juli	174b	Jacob Schwalb hier	Johann Georg Link in Wiesleth	50
11. März	162b	Johannes Hauser alt von hier	die Vollstreckungsmasse der Lehrer Musler's Ehefrau von hier. Vorzugrecht	188	26. Sept.	184	Johann Georg Vogt's Sohn hier	Johann Georg Vogt hier. Ruhnrecht	
7. Juni	176	Johann Schütz von hier	Bernhard Maier in Mühlheim. Richterliches Pfandrecht	400	9. Okt.	188	Johann Jakob Vollmer in Gichholz	Konrad Schütz Eheleute hier	3000
26. Juni	178	Derselbe	Maier Weill in Sulzburg. Richterliches Pfandrecht	363	9. Nov.	190	Michael Genshirt Eheleute hier	Johann Jakob Fischer in Wiesleth. Pfündbestellung	
7. Juli	181	Michael Genshirt, Weber hier	die Kinder der Magdalena Vogt hier. Gesetzliches Pfandrecht	80 18 1/2	13. Nov.	195b	Jacob Sattler's Kinder hier	die Vollstreckungsmasse der Anna Maria Sattler hier	40 5
2. Aug.	186	Johannes Schütz von hier	Baruch Maier in Mühlheim. Richterliches Pfandrecht	510	10. Jan. 1840	199	Friedrich Fischer hier	Schlösser Johann Georg Strub in Schoppsheim	280
					24. März	217a	Jacob Friedrich Frey, Landwirth hier	Johannes Vogt Kinder in Wiesleth	173
					10. Okt.	227	Marie Ruf's Ehefrau des Johann Georg Kiebig in Wiesleth	Anna Katharina Ruf in Wiesleth	127 30

Öffentliche Mahnung

zur Erneuerung von Grund- und Unterpfandbuchs-Einträgen. Auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860 (Reg.-Bl. Nr. 30) werden die in nachstehendem Verzeichnisse genannten Gläubiger oder deren Rechtsnachfolger aufgefordert, die bezeichnenden Einträge von Vorzugs- und Unterpfandrechten, wenn solche noch Gültigkeit haben, binnen sechs Monaten erneuern zu lassen, widrigenfalls die Einträge nach Art. 4 des erwähnten Gesetzes gestrichen würden.

Der Rechtsgrund der in nachstehendem Verzeichnisse angeführten Forderungen, welche in das Unterpfandbuch eingetragen sind, besteht in bedungenen Unterpfandrechten, und der Rechtsgrund der in das Grundbuch eingetragenen Forderungen in dem gesetzlichen Vorzugsrechte des Verkäufers, sofern nicht bei einzelnen Einträgen etwas Anderes bemerkt ist.

Table with columns: Des Eintrags (Datum, Seite), Namen, Stand und Wohnort des Schuldners und seiner Rechtsnachfolger, Namen, Stand und Wohnort des Gläubigers und seiner Rechtsnachfolger, Betrag der Forderung. Includes sections I-IV (Pfandbuch) and V-VII (Grundbuch).

Verkaufs-Anzeige. Am Donnerstag den 28. d. Mts., früh 9 Uhr, werden im hiesigen Zeughaus - Langesstraße - 20 verschiedene Wagen, darunter 4 Omnibusse, 32 Sattelüberbeden, circa 350 Meter wollenes Zeug (Camlot), sowie verschiedene andere für militärische Zwecke nicht mehr geeignete Gegenstände öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Versteigerung von Holz- und Steinkohlen. Mittwochs den 27. d. M., Vormittags 9 Uhr, werden im hintern Gießhausehof vor dem Durlacher Thor circa 2700 Zentner Saarkohlen, 1098 Schmelzkohlen, 500 Dfenkohlen, 221 Maß Holzkohlen einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt.

Baracken-Versteigerung. Das vor einem Jahre neu errichtete und zu jeder geschäftlichen Verwendung sich eignende Friedrichs-Barackenlazareth hinter der Kunstschule dahier, bestehend aus: 6 ausgemauerten, inwendig verputzten, 130' langen, 29' breiten Kranzgebäuden, 2 größeren Oekonomie- und Küchengebäuden, 5 verschiedenen kleineren für Wache, Pförtner- und Magazin Zwecke bestimmten Baracken, sodann gedeckten Verbindungs-

gängen, Einrieblungsgeländern, Mastbaum für Wimpelsäule, eiserne Dejen - Marguilen, Fenster-Rouleaux, amerikaner und gewöhnliche Pumpbrunnen, doppeltes Bodenwassertuch, Gaseinrichtung, Gartencanäle u. s. w. wird im Auftrage Groß. Kriegsministeriums Donnerstag den 28. d. M., Vormittags 10 Uhr, einzeln oder zusammen auf Abbruch, auf dem Platze gegen Baarzahlung öffentlich versteigert, wozu die Liebhaber eingeladen werden.